

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, bei den zuständigen Institutionen (z.B. Landes- und Bundesbehörden bzw. –ministerien)

- nachdrücklich auf einen sofortigen Baustopp hinzuwirken
- eine Prüfung des gesamten Planungsprozesses, der Standortwahl und des Genehmigungsverfahrens für Funkmast und -antennen zu erwirken mit dem Ziel, alternative Standorte auf dem Gelände der Bundespolizei Heimerzheim oder außerhalb (z.B. auf dem ehemaligen Gelände der WIWEB) zu identifizieren sowie
- die Verlagerung des Funkmastes an einen anderen, von der Wohnbebauung ausreichend entfernten, Standort einzufordern
- sowie die (Zwischen-) Ergebnisse und die Konsequenzen in einer Informationsveranstaltung in Heimerzheim frühzeitig vorzustellen. Der Rat behält sich die Möglichkeit der Festsetzung einer Einwohnerversammlung vor.

Weiterhin wird durch die Fraktionen

- ein „Runder Tisch“ eingerichtet. Die Fraktionsvorsitzenden werden hierfür einen Termin festlegen. Bürgermeister Maack sagt zu, dass Vertreter der Gemeindeverwaltung am „Runden Tisch“ teilnehmen werden.